

grünes blatt

Oktober 2013 Nr. 4

die Zeitung der Grünen Kanton Zürich

Redaktion und Verlag:

Grüne Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich

Tel. 044 440 75 50, Fax 044 440 75 51

sekretariat@gruene-zh.ch, www.gruene-zh.ch

Spendenkonto: PC 80-26744-4

Aktuell Neues vom Üetliberg **Seite 2** – Gymiprüfungen abschaffen? **Seite 3** – Neues Gentechgesetz **Seite 4** – Mehr Sonnenenergie **Seite 5** – Stadt Zürich **Seiten 6 & 7** – Grüne Winterthur **Seite 8** – Junge Grüne **Seite 9** – News aus den Regionen **Seiten 10 & 11**

Essen – gesund und fair?

Wir
bleiben
dran!

Wer kennt ihn nicht: Den Spiessrutenlauf durch das Lebensmittelgeschäft. Vorbei an spanischen Tomaten: gepflückt von MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen. Italienischer Blumenkohl? Zu viele Pestizide. EU-Bio? Zu schwache Vorschriften. Schweizer Äpfel im Juni? Zehn Monate in Gasatmosphäre gelagert. Neuseeländische Äpfel? Zu hoher CO₂-Ausstoss! Hors-sol aus der Schweiz? Degeneriert. Das Gemüse-Abo vom Bauernhof? Zu wenig spontan. Vegane Ernährung? Zu radikal. Containern? Zu illegal.

Foodwaste vermindern

Manchmal denkt man, die Leute müssen wieder essen lernen, was bei uns wächst, saisonal und regional. Doch wovon ernähren wir uns während der Wintermonate? Natürlich ist Suffizienz angesagt, weniger Fleisch, weniger Exotisches. Aber genauso wichtig ist die Effizienz: Weniger Verschwendung von Nahrungsmitteln, weniger «Foodwaste». Die Jungen Grünen zeigen mit ihrer Initiative, wie es geht.

Gentech-Diskussion weiterführen

Und ganz grundsätzlich gilt es, die Diskussion um gentechfreie Lebensmittel wieder aufs Tapet zu bringen. Was die letzten Jahre selbstverständlich war,

wird bald wieder ein heisses Thema, weil das Gentech-Moratorium ausläuft. Wir Grünen sind gefragt!

Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton Zürich



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser

Nach einem kurzen, aber heftigen Sommer hat uns der Herbst schon wieder. Das bringt graue und feuchtkalte Tage mit sich, aber immerhin auch eine grosse Vielfalt an regionalen Früchten und Gemüsen auf den Märkten und bei den Grossverteilern. Leider wird davon am Schluss viel zu viel weggeworfen, in den Läden, aber auch bei uns zu Hause: ein gutes Drittel aller Lebensmittel landet im Müll. Das soll sich ändern, deshalb lancieren die Jungen Grünen in Zürich eine Initiative gegen «Foodwaste» (S. 9). Und die Grünen Schweiz bearbeiten das Thema Nahrung & Lebensmittel auf nationaler Ebene. Dabei geht es nicht nur um die Verschwendung von Nahrungsmitteln, sondern auch um deren Produktion. Die wollen wir Grünen nämlich unbedingt gentechfrei und deswegen müssen wir uns gegen die geplante Änderung des Gentechnikgesetzes wehren (S. 4).

Auch energiepolitisch bleiben wir am Ball: Mit einem Vorstoss im Kantonsrat forderten wir, dass die Gemeinden Zonen für die Nutzung erneuerbarer Energien bestimmen dürfen. Jetzt bereiten wir uns auf die Abstimmung am 9. Februar 2014 vor (S. 5).

Dann finden zudem in vielen Zürcher Gemeinden wieder Gemeindewahlen statt – unsere Ortsgruppen stecken schon mitten in den Vorbereitungen dafür (S. 11). Unser Ziel: Mehr Grüne Mitsprache in den Parlamenten und Gemeindeexekutiven! Willst du mithelfen? Melde dich!

Ulla Blume
Parteisekretärin
Grüne Kanton Zürich

Feedback ist willkommen:
publikation@gruene-zh.ch

Die unendliche Geschichte

Seit bereits neun Jahren kämpft «Pro Üetliberg» für den Schutz der Naturlandschaft Üetliberg – und wird es auch weiterhin tun müssen.

Seltsam, dass es uns, einen kleinen Verein, der (noch) nicht einmal beschwerdeberechtigt ist, zur Durchsetzung des geltenden Rechts braucht! Denn wir gefallen uns nicht in der Rolle von Verhinderern, von Neinsagern, wie wir oft von Uninformierten wahrgenommen und kritisiert werden. Trotzdem bleiben wir dran. Es ist dies nämlich für uns auch ein Stellvertreterkampf, um weiteren Begehrlichkeiten auf Kosten der Natur zuvorzukommen.

Aktuelles

- Unser Rekurs gegen den «neuen» Gestaltungsplan. Es darf nicht sein, dass mit der Änderung des kantonalen Richtplans im Nachhinein die illegalen Bauten und damit die massiven Rechtsverstösse nicht sanktioniert werden. Dieser für uns wichtigste Fall wird schliesslich wohl beim Bundesgericht enden.
- Beim Bundesgericht ist die Beschwerde von Fry gegen die Verweigerung der nachträglichen zusätzlichen Aussenbewirtschaftung hängig. Dabei wurde der Uto Kulm seinerzeit im kantonalen Richtplan zu seinem optimalen Schutz, nämlich um Überbaubarkeit und Aussenbewirtschaftungen zu verhindern, dem kantonalen Landwirtschaftsgebiet zugewiesen.

- Das Verwaltungsgericht hat die Beschwerde der UTO Kulm AG betreffend Abbruch des illegal erstellten Terrassenrestaurants mit Steg und Windfang abgewiesen. Auch hier wird vermutlich das Bundesgericht entscheiden müssen.

Pendent ist auch unsere Strafanzeige beim Statthalteramt Affoltern. Nach dem Entscheid des Verwaltungsgerichts erwarten wir die hängige Wiederaufnahme des strafrechtlichen Verfahrens. Es droht Verjährung! Ein Thema wird erneut die Gewinnabschöpfung in den widerrechtlich erstellten Bauten sein.

Thema ist ebenfalls die massive Zunahme der Autofahrten auf den Berg. Auch da sind wir dran.

Unser langer Kampf hat uns viel Zeit, Kraft und auch Geld, ca. 200 000.- Franken, gekostet. Und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Wir sind daher sehr froh um Unterstützung, materiell und ideell.

Margrith Gysel, Grüne Uitikon, Präsidentin
Verein Pro Üetliberg, Postfach 36, Uitikon Waldegg
Konto 87-383086-6

www.pro-uetliberg.ch



Natur pur auf dem autofreien Üetliberg

Torschlusspanik im Bildungswesen

Für den Eintritt ins Gymnasium zählen heute weniger die Leistungen der Kinder als eher die Finanzkraft und der Willen der Eltern: Ohne Vorbereitungskurse sind die Gymiprüfungen kaum mehr zu schaffen. Wir machen uns stark für die Abschaffung der Gymiprüfungen – für mehr Chancengerechtigkeit.

Mit der Bildung im Kanton Zürich ist es ein bisschen wie mit den natürlichen Ressourcen. «Es hät so langs hät und wer nöd hät, wänns kei me hät, hät gha.» So zumindest scheint die Wahrnehmung vieler Eltern, wenn es um die Gymiprüfungen geht. Und damit das eigene Kind auch ja nicht zu spät resp. zu kurz kommt wird fleissig in Vorbereitungskurse investiert, die die Kinder auf die Prüfung trimmen und ihnen einen komparativen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Dabei ist es natürlich nicht verwerflich, wenn Eltern für ihre Kinder nur das Beste wollen, im Gegenteil. Dumm nur, wenn man Eltern hat, die sich diese Prüfungsvorbereitung nicht leisten können oder andere Prioritäten setzen.

Der Vergleich der Gymiplätze mit den natürlichen Ressourcen hinkt aber in einem zentralen Punkt. Es wäre theoretisch durchaus möglich, das Angebot zu erhöhen, wenn die Nachfrage nach Bildung sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch bei den Eltern steigt. Realpolitisch sieht es aber so aus, dass die Finanzen knapp gehalten oder anderweitig ausgegeben werden und mehr Gymiplätze nach Ansicht der bürgerlichen PolitikerInnen sowieso nur das duale Berufsbildungs-

system zerstören. Ausserdem kann man nach dieser Logik die benötigten AkademikerInnen ja auch «kostenneutral» aus dem nahen Ausland importieren.

Und so ist es eben wie bei den Naturgütern: Die gerechte Verteilung knapper Ressourcen ist eine Aufgabe der Politik. Diese hat dafür zu sorgen, dass die Zugänge zu Bildungsabschlüssen gerecht verteilt werden. Für eine fairere Verteilung braucht es nun Anpassungen am bestehenden System der Aufnahmeprüfungen. Denn für den Eintritt ans Gymi muss die tatsächliche Leistungsfähigkeit zählen und nicht die Frage, ob man das Glück hat, engagierte oder vermögende Eltern zu haben.

Die Grünen haben deshalb mit anderen Kantonsratsfraktionen mit einer parlamentarischen Initiative zur Abschaffung der Mittelschulaufnahmeprüfungen die Diskussion um ein gerechteres Aufnahmeverfahren lanciert. Ob und welche neue Lösung es geben wird, ist noch völlig offen. Genügend Alternativen in anderen Kantonen gibt es auf jeden Fall. Wir bleiben dran.

Res Marti, Kantonsrat, Zürich

Grünkohl

Karneval der Tiere

TierschützerInnen sind der Zeit voraus. Das hat die Stadtratskandidatin der Zürcher SVP bewiesen. Selbst ein aus dem Hut gezaubertes Kaninchen, hat Nina «Wer?» Fehr als Jugendliche ein Herz auch für andere Tiere bewiesen. Vor zwei Jahrzehnten sammelte sie für eine Petition gegen Delphinarien Unterschriften. Damals liess sie verlauten, sie sehe sich eher als Grüne denn in der Partei der Eltern. Darauf angesprochen, hat sie nun zurückgerudert. Sie hätte sich eher bei den Grünliberalen heimisch gefühlt als bei den Grünen. Fehr ist damit fürwahr visionär, hat sich doch diese Partei ein Jahrzehnt später gegründet. Eben: TierschützerInnen sind der Zeit voraus.

Nicht Delphinarien sondern der Vogelschutz prägte die Herbstsession in Bern. Den liess man sich auch etwas kosten: Zweiundzwanzig schwedische Greifvögel soll die Schweiz künftig zum stolzen Gesamtaufwand von gegen 10 Milliarden Franken Schutz bieten, damit sie nicht vor ihrer Geburt schon aussterben. Das Hin und Her und die Extraschlaufen bei der Grippe-Beschaffung setzten offensichtlich auch unserem Hinwiler Bundespräsidenten stärker zu, als er zugeben wollte. Als er bei der Debatte von einem Kameramann in den Nationalrats-Saal verfolgt wurde, bezeichnete Ueli Maurer ihn kurzerhand als «Aff!». Seine Hoffnung, dass lästige JournalistInnen damit im Bundeshaus zu einer aussterbenden Gattung würden, wird aber wohl vergebens sein.

G. Kohl



Der Bundesrat gefährdet unsere Landwirtschaft

Wieder einmal rücken Gentechnik und genetisch veränderte Nahrungsmittel in unseren Fokus: Der Bundesrat will die Koexistenz von genetisch verändertem und unverändertem Saatgut zulassen.

Möchten Sie gerne jeden Tag genetisch veränderte Kartoffeln, Tomaten und Brot auf dem Tisch haben? Nein? Dann sollte Sie dies beunruhigen: Der Bundesrat will das Gentechnikgesetz ändern: In Zukunft soll es möglich sein, dass unter gewissen Voraussetzungen genetisch verändertes Saatgut in nächster Nähe von genetisch unverändertem Saatgut angebaut wird. Die Verordnung sieht vor, dass die Mindestabstände zwischen den Kulturen bei Mais 100m und bei Weizen 12m betragen müssen. Das ist schlicht skandalös, denn in der Praxis – also im Feld – ist eine Vermischung von genetisch verändertem und unverändertem Saatgut nicht vermeidbar. Zum Vergleich: In unserem Nachbarland Österreich betragen die Abstände bei Mais 600m, bei Saatgut 1000m und beim Rapsanbau 4000m.

Verbreitung ist nicht kontrollierbar

Das Hauptproblem zu kleiner Abstände ist, dass sich beim Anbau von genetisch veränderten Pflanzen Antibiotika-Resistenzgene unkontrolliert verbreiten oder sich mit verwandten Nutzpflanzen mischen. Man kann die Verbreitung genetisch veränderter Pflanzen also nicht kontrollieren oder eindämmen. Oder gibt es dann Ausbildungskurse für Bienen, dass sie nicht weiter fliegen dürfen als die vorgegebenen Abstände? Denn Bienen

sammeln Blütenstaub in einem Radius von 3000m um ihre Stöcke. Und manchmal windet es auch in unserem Land. Und auch der Wind hält sich nicht an Vorschriften.

Gegen den Willen der KonsumentInnen

Die KonsumentInnen möchten aber keine genetisch veränderten Lebensmittel, das haben Umfragen deutlich gezeigt. Wir wollen eine gesunde, ökologische Ernährung. Obwohl dies so ist, hat der Bund nun eine Produktionsform vorbereitet, die die Koexistenz von genetisch verändertem und unverändertem Saatgut zulässt. Bei Annahme des neuen Gentechnikgesetzes haben wir bald keine Wahlfreiheit mehr. Wenn sich nämlich erst einmal genetisch verändertes Material mit genetisch unverändertem Material vermischt und gekreuzt hat, ist am Schluss alles genetisch verändert.

Übrigens: Bio Suisse hat beschlossen, ab 2014 nur noch biologisch gezüchtetes Saatgut zu verwenden, sofern dieses verfügbar ist. Deshalb ist es eine Jahrhundertaufgabe, dass die Züchtung von biologischem Saatgut im freien Feld möglich ist. Auch dies wird mit der Koexistenzverordnung des Bundes nicht mehr möglich sein. Von den knapp 60 000 Landwirtschaftsbetrieben in der Schweiz

produzieren 20 000 nach den Richtlinien von IP Suisse und 6 000 nach Bio-Richtlinien. Beide verbieten den Anbau von genetisch veränderten Pflanzen. Wird die Koexistenz eingeführt, verlieren 45% aller Betriebe ihren Markt, weil sie nicht mehr «Bio» sind.

Zürcher Regierungsrat unterstützt Gentech-Verordnung

Das Schlimmste: Der mehrheitlich bürgerliche Regierungsrat des Kantons Zürich findet die vorgeschlagene Neuregelung eine gute Idee und unterstützt die Verordnung. Der Kanton Aargau, den wir so gerne belächeln, lehnt sie hingegen ab und der Kanton Bern findet die Idee so daneben, dass er nicht mal darauf eintritt und das Geschäft zurück an den Absender gesendet hat: Es sei das Papier nicht wert, sich zu so einem Blödsinn zu äussern.

So lässt der Bund unsere Landwirtschaft und unsere gesunden Nahrungsmittel vor die Hunde gehen – mit freundlicher Unterstützung des Zürcher Regierungsrates. Wer den Film «Mais im Bundeshaus» gesehen hat, weiss, wie und weshalb solches in unserem demokratischen Staat möglich ist: es geht um viel Geld. Chemie und Pharmaindustrie werden die grossen Gewinner sein, Monsanto lässt grüssen.

Esther Hildebrand, Kantonsrätin Grüne



Gewinnen wir mit Sonnenenergiezonen!

Im kommenden Frühjahr, gleichzeitig mit bzw. kurz vor den Gemeindewahlen im Kanton, entscheidet das Stimmvolk darüber, ob Gemeinden neue Gebiete für die Nutzung erneuerbarer Energien festlegen können. Diese Abstimmung, die auf einen Grünen Vorstoss im Kantonsrat zurückgeht, müssen wir gewinnen – und für den Wahlkampf nutzen!

2014 werden wir darüber abstimmen, ob Gemeinden neu nicht nur Fernwärmegebiete festlegen können, sondern auch Gebiete, in denen erneuerbare Energien konsequent genutzt werden. Es geht uns insbesondere darum, dass die Dächer nicht nackt und brach bleiben, sondern mit Solaranlagen zur Energiegewinnung genutzt werden. Noch zu oft werden Gebäude saniert oder neu gebaut, ohne dass die Energie der Sonne genutzt wird! Dabei sind viele Dachflächen prädestiniert dafür, sei es für die Warmwassererwärmung oder die Stromproduktion.

Dass es diese Abstimmungsvorlage gibt, ist das Verdienst der Grünen. Wir haben

vor zwei Jahren eine parlamentarische Initiative eingereicht, die forderte, dass die Gemeinden in ihren Bau- und Zonenordnungen Sonnenenergiezonen bezeichnen dürfen. Das Anliegen wurde in der vorberatenden Kommission diskutiert und weiterentwickelt. Am Schluss hatten wir eine knappe Mehrheit des Kantonsrates überzeugt und sogar der Regierungsrat äusserte sich positiv.

Fast noch mehr freute uns, dass die FDP mit ein paar Mitläufern das Referendum ergriff hat. So haben wir nun eine für uns perfekte Volksabstimmung, schön terminiert auf den Kommunalwahl-Termin am 9. Februar: Ideal für uns um aufzuzeigen,

wer zu den energiepolitischen Bremsern gehört und wer mit kreativen Ideen Richtung Energiewende schreitet. Baut das populäre Abstimmungsthema also in die Kommunalwahlkampagnen ein! Die Abstimmung können wir gewinnen – und gleichzeitig auch WählerInnen für unsere KandidatInnen in den Gemeinden und Städten.

Martin Geilinger, Kantonsrat, Winterthur

Link zur Vorlage: www.kantonsrat.zh.ch/Geschaefte/Geschaefte.aspx?Jahr=2011&LaufNr=158

Wechsel im Kantonsrat

Im August hat Heidi Bucher-Steinegger ihren Rücktritt aus dem Kantonsrat auf Ende September bekannt gegeben. Die Leiterin der kantonalen Zentralbehörde Adoption kann auf eine lange politische Karriere zurückblicken: Von 1994-2004 engagierte sie sich in der Schulpflege, von 1998-2003 politisierte sie im Zürcher Gemeinde-, ab 2003 im Kantonsrat. In beiden Parlamenten übernahm Heidi Kommissionspräsidien, zudem machte sie sich als VPOD- und GBKZ-Mitglied immer auch für gewerkschaftliche Anliegen stark. Nun zieht es sie wieder in den Kanton St. Gallen zurück. Wir danken Heidi für ihr langjähriges Engagement und wünschen ihr alles Gute!

Heidi Bucher geht, Kathy Steiner kommt

Kathy Steiner ist vielen Mitgliedern bestens bekannt als langjährige Geschäftsführerin im Partisekretariat der Grünen Stadt Zürich. Daneben hat

sie seit 2010 rund drei Jahre lang als Gemeinderätin auch aktiv am politischen Geschehen mitgewirkt. Als Mitglied der Spezialkommission Finanzdepartement hat sie sich schwerpunktmässig mit städtischen Liegenschaftsgeschäften und Personalpolitik beschäftigt. Ihr

wichtigstes Geschäft in dieser Zeit war die Grüne Initiative «Bezahlbar UND ökologisch wohnen», die im letzten März an der Urne mit grossem Erfolg gutgeheissen wurde.

Esther Guyer, Fraktionspräsidentin Grüne



Hat ihre letzte Sitzung hinter sich:
Heidi Bucher-Steinegger



Freut sich auf die neue Aufgabe:
Kathy Steiner

Tempo 30: Endlich richtig

Eigentlich wäre alles klar: Die Stadt Zürich muss, wie alle anderen Gemeinden und Kantone der Schweiz, bis zum 31. März 2018 die Lärmgrenzwerte des Bundes entlang der Kantons- und Gemeindestrassen einhalten. Wer bis zum Stichtag diese «Lärmsanierung» nicht realisiert hat, steht zwar weiterhin in der Pflicht, doch fallen dann die Bundesbeiträge weg.

Wo zu viel Lärm herrscht, muss in erster Linie an der Quelle angesetzt werden: mit Verkehrsreduktionen, Temporeduktionen, lärmärmeren Fahrzeugen oder lärmreduzierenden Strassenbelägen. So steht es in der Lärmschutzverordnung, die der Bundesrat schon 1986 verfügt hat. Faktisch ist es aber meist nur möglich, mit Temporeduktionen zum Ziel zu kommen. Konkret: Tempo 30 statt 50 und Tempo 50 statt 60. Das hat den zusätzlichen Vorteil, dass sich nicht nur die Wohnlichkeit, sondern auch die Verkehrssicherheit verbessert.

230 Kilometer messen die Stadtzürcher Strassen mit überschrittenem Immissi-

onsgrenzwert, 120 000 Personen leben dort. Auf 30 weiteren Strassenkilometern mit 20 000 Betroffenen wird sogar der Alarmgrenzwert überschritten.

Flächendeckende Massnahmen

Die Stadt Zürich will das Problem nun flächendeckend angehen, und zwar stadtkreisweise. Als erster Stadtkreis wurde der Kreis 2, Wollishofen/Enge, bearbeitet. Dabei wählte der Stadtrat einen Weg, der allzu oft eben nicht an der Quelle ansetzt, sondern sich mit dem Einbau von Lärmschutzfenstern begnügt. Diese sind zwar wirkungsvoll,

aber eben nur, wenn sie geschlossen bleiben. Und im ganzen Wohnumfeld, in den Gärten, auf Balkonen oder auf der Strasse, ändert sich punkto Lärm nichts. Deshalb hat das Bundesgericht in einem Grundsatzentscheid in einem Fall in der Stadt Zug festgehalten, dass Lärmschutzfenster nur in Ausnahmefällen vorzusehen sind. Im Stadtkreis 2 kann bei rund 800 betroffenen Liegenschaften aber wohl kaum von einem Ausnahmefall gesprochen werden.

Lärm reduzieren durch Temposenkungen

Der Stadtrat hat dieses Konzept nun überarbeitet. Nicht ganz freiwillig allerdings: Es brauchte erst eine Einsprache des VCS Zürich. Der Stadtrat hat die Kritik nun aber aufgenommen und sieht für rund ein Dutzend zusätzliche Strassenabschnitte Temposenkungen vor. Das betrifft reine Wohnquartiere, wie entlang der Butzenstrasse, gemischte Quartiere wie rund um das Morgental und schliesslich auch eigentliche Geschäftszentren wie am Bleicherweg oder rund um den Bahnhof Enge/Tessinerplatz. Auf zwei Hauptstrassenabschnitten gilt neu Tempo 50 statt 60: Auf dem General-Guisan-Quai sowie auf der Seestrasse, und zwar vom Mythenquai bis zur Stadtgrenze.

Massnahmen für alle Stadtkreise

Mit den nun verfügbaren Temporeduktionen ist die Stadt Zürich auf einem guten Weg. Allerdings muss der Kreis 2 der Masstab für die übrigen Stadtquartiere sein. Und der Kanton müsste sich ein Beispiel daran nehmen, um seine übermässig lärmigen Hauptstrassen ebenfalls nachhaltig zu sanieren.

Markus Knauss, Gemeinderat Grüne, Stadtratskandidat

Markus Knauss im Stadtratswahlkampf
www.markusknauss.ch



An der Butzenstrasse wird dank der Intervention des VCS Zürich Tempo 30 eingeführt. Was in erster Linie dem Lärmschutz dienen soll, nützt hier ganz besonders auch der Schulwegsicherheit.

Bock-Wurst

Ein Tag – oder besser gesagt: ein ganz gewöhnlicher Mittwoch-nachmittag – im Leben von Martin Abele, der dieses Jahr als höchster Zürcher den Gemeinderat präsidiert.

17:00 Uhr: Drei Glockenschläge eröffnen die Ratssitzung. Der Ratssaal ist zu dieser Zeit erst etwa zu zwei Dritteln gefüllt. Als Gemeinderatspräsident frage ich mich manchmal, wieso die Mitglieder nicht zur Zeit erscheinen können, aber das ist halt jetzt meine Perspektive vom «Bock», wie die Präsidiumsempore genannt wird. Ich fange jedenfalls immer pünktlich an. Mir ist es wichtig, möglichst zügig voranzukommen. Da kam auch schon einmal ein NZZ-Journalist ins Schleudern, der fünf Minuten zu spät eintraf und feststellen musste, dass wir bereits bei Traktandum 7 angelangt waren.

Gut gefüllte Zuschauertribüne

Von Beginn weg gut gefüllt ist an diesem Mittwoch die Zuschauertribüne. SchülerInnen aus der Kanti Rämibühl sind da, die im Rahmen des Staatskundeunterrichts in das Wirken unseres Parlamentsbetriebs eingeführt wurden. Ausserdem sitzen dort 18 Delegierte aus der Volksrepublik China, alles hochrangige FunktionärInnen, die sich über den Politbetrieb in der Schweiz informieren. Ich hatte kurz vor der Ratssitzung noch die Ehre, sie (auf Chinesisch) herzlich im Rathaus willkommen zu heissen. Ich weiss nicht genau, was die ChinesInnen von hier Erlernen in ihrer Heimat anwenden können, aber ich unterstütze diesen Austausch gerne.

Die Ratssitzungen – und das ganze Drumherum

Der Tag begann für mich wie gewohnt an meinem Arbeitsplatz. Dank dem Verständnis meines Arbeitgebers konnte ich mein Pensum für die Zeit meines Amtsjahres auf 50% reduzieren. Das scheint mir durchaus nötig, denn nebst der Vorbereitung und der Leitung der Ratssitzungen habe ich viele Anlässe, an die ich eingeladen bin. An diesem Mittwoch zum Beispiel bereits am Mittag die Ehrung der Mannschafts-Schweizer-Meisterteams im Muraltengut, dem Repräsentationsitz des Stadtrates. Am Freitag findet dann der Brückenschlag mit dem Landrat Uri statt, am Sonntag Mittag nehme ich an einem Podium teil und abends sind ich und mein first man Urs an der Charity Gala des Zürcher Lighthouse eingeladen: Nina Hagen und Gotthard im Opernhaus – das rockt!

Die Ratssitzung schliesst um 20:09 Uhr, leicht verspätet. Jetzt bleibt Zeit, mit meinen beiden Vizes, die mich wunderbar unterstützen, den Abend ausklingen zu lassen. Wir gehen zum Sternen und genehmigen uns eine Wurst und ein Bier.

Martin Abele, Gemeinderatspräsident Zürich

100 und 1111 Tage

Steueramt statt Stadtpolizei, Liegenschaftsverwaltung statt Schutz und Rettung, Finanzverwaltung statt Dienstabteilung Verkehr, dazu noch Personal und IT der Stadt Zürich: Der Wechsel nach 1111 Tagen im Polizeidepartement (PD) zu den Finanzen war abrupt. Mir blieben zwei Wochen, um das bisherige Departement abzugeben und dann im neuen anzufangen, das sich bereits mitten im Budgetprozess befand. Es kam zu absurden Situationen: Bereitetete ich anfangs Mai noch mit den PD-Leuten das Budgetgespräch mit dem Finanzdepartement (FD) vor, sass ich anfangs Juni in diesem Gespräch meinen ehemaligen Leuten gegenüber, um das PD-Budget möglichst kritisch zu durchleuchten...

Nein, das war kein Zuckerschlecken und es wird es auch in Zukunft nicht werden: Zürich geht ohne deutliche Korrektur tiefroten Zahlen entgegen. Die Steuereinnahmen sind auf Rekordniveau, stagnieren aber, während die Ausgaben steigen. Das heisst nicht, dass neue Ausgaben nicht möglich sind. Aber um einen Bilanzfehlbetrag zu vermeiden, braucht es neben Effizienzsteigerungen ganz klar Verzichte, auch solche, die weh tun. Erst recht müssen wir alles daran setzen, weitere Einnahmeverluste zu vermeiden: Die Verlustverrechnung bei der Grundstücksgewinnsteuer oder die Unternehmenssteuerreform III würden enorme Löcher in die Stadtkasse reissen.

Doch ich will nicht klagen: Das Finanzdepartement ist ein Schlüsseldepartement und an zahlreichen Weichenstellungen beteiligt. Dies will ich für Grüne Anliegen nutzen, auch wenn die Spielräume in nächster Zeit kleiner sein werden. Die Etablierung «unserer» Stiftung für ökologischen und bezahlbaren Wohnraum, die im März ein Mehr von 75% erhielt, ist eines meiner ersten Projekte.

Daniel Leupi, Stadtrat, Finanzdepartement



Biorender: Innovationen für erneuerbare Energie

Aller Anfang ist schwer, auch bei der Förderung erneuerbarer Energie. Mit Biorender wird Biogas aus regionalen Abfällen produziert: Besser als mit riskanten Verfahren (Fracking) nach fossilem Erdgas zu bohren, ist am 24. November ein «JA» zur Überbrückungsfinanzierung für Biorender!

Noch kein Jahr ist vergangen, seit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Winterthurs sowohl unserer Grünen Winergie2050-Initiative als auch dem Energiekonzept des Stadtrates (als Gegenvorschlag) deutlich zustimmten. Jetzt müssen auf Worte konkrete Taten folgen! Mit einem «JA» zu überbrückenden Zahlungen an die Biogasfabrik Biorender können die Stimmberechtigten diese Energiepolitik konsequent fortsetzen. (Oder sie können bei den ersten sich abzeichnenden Problemen mit der Energiewende den Kopf in den Sand stecken, respektive «Sparen am falschen Ort» propagieren.)

Ressourcenverwertung statt -vernichtung

Auf Ressourcenverwertung statt -vernichtung ausgerichtete Pionierprojekte brauchen stets Geduld und Risikobereitschaft. Winterthur kann nun mit einem mutigen Votum Biorender vor dem Konkurs retten.

Die Biorender AG, an der nebst Winterthur auch St. Gallen, Wil, Schaffhausen, Flawil und Uzwil beteiligt sind, kombiniert seit 2010 die regionale Verwertung von Fleisch- und Gastroabfällen mit Biogasproduktion. Selbstverständlich

ist mit Lebensmitteln sehr sorgfältig umzugehen; «food waste» ist vor allem durch Verhaltensänderungen zu bekämpfen. Es wird aber trotzdem eine öffentliche Aufgabe bleiben, verdorbene Lebensmittel und insbesondere verdorbenes Fleisch auf energetisch sinnvolle Art zu verwerten. Biorender garantiert eine gute Energieausbeute, verspricht eine deutliche CO₂-Reduktion und gibt Sicherheit gegenüber Seuchen.

Keine Belastung für die Stadtkasse

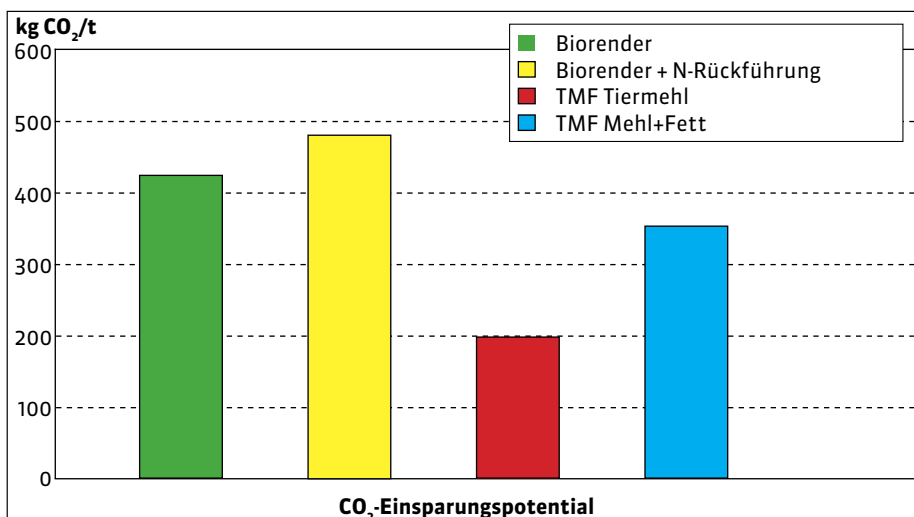
Biorender soll daher noch bis Ende 2013 pro Kilowattstunde 50 Rappen und danach bis Mitte 2014 35 Rappen erhalten. Zum Vergleich: Vor wenigen Jahren wurde die Photovoltaik noch mit über 50 Rp./kWh gefördert; seither und dank dieser Förderung hat sie sich sehr erfreulich entwickelt. Der Betrag für Biorender wird mit Rückstellungen aus dem Gasgeschäft finanziert; er tangiert die steuerfinanzierte Kasse der Stadt nicht. Dieser Antrag wurde vom Winterthurer Gemeinderat mit 24:23 Stimmen angenommen (bei Enthaltung der glp). Die bürgerlichen Parteien ergriffen das Behördenreferendum, so dass am 24. November das Stimmvolk über den Antrag des Stadtrats abstimmen wird.

Drei klare Argumente für Biorender

- Biorender produziert nicht nur (erneuerbares) Biogas sondern ist auch eine clevere Lösung für die Verwertung von risikobehafteten Fleischabfällen (BSE lässt grüssen).
- Biorender schafft Arbeitsplätze in einer Region, die deutlich weniger vom Wirtschaftsboom profitiert als die Region rund um den Flughafen.
- Das finanzielle Risiko von Biorender steht in keinem Verhältnis zum Restrisiko von Atomenergie. Es wird zeitlich und in seiner Höhe beschränkt.

Ich appelliere daher an Verantwortung, Konsequenz, Pioniergeist und Weitsicht: Es wird stets Gastroabfälle und Kadaver geben, die fachgerecht entsorgt werden müssen. Wichtige Nährstoffe wie Stickstoff und Phosphor sollen verstärkt zurückgewonnen werden und nicht via Tiermehlfabrik in den Zementöfen landen, denn dort wären diese Stoffe unwiederbringlich verloren.

Matthias Gfeller, Stadtrat Grüne, Vorsteher Departement technische Betriebe, Winterthur



Bereits 2008 wurden für Biorender bessere CO₂-Einsparungen prognostiziert als mit konventioneller Fleischabfallentsorgung.

Nörgeln statt Nicken

Ich spreche über Foodwaste. Jede Menge, mit jedem und jeder. Mit älteren Menschen über Lebensmittelverschwendung, mit ETH-StudentInnen über Ressourcenverschleiss. Ich informiere nicht, weise nicht auf die horrenden Zahlen globaler Lebensmittelvernichtung hin, zeige nicht die Konsequenzen auf, die viel weitreichender sind, als die meisten vermuten würden. Und dies, obwohl ich hier breite Zustimmung, solidarische Empörung, manchmal auch echtes Entsetzen ernten würde – was will man mehr?

Handlungsoptionen statt empörte Hilflosigkeit

Globale Missstände anzuprangern, unvorstellbare Summen und grauenhafte Szenarien nachzuzeichnen, dies verstehen viele PolitikerInnen unter «Sensibilisierung der Bevölkerung» – meiner Meinung nach führt das direkt zu einer fatal-fatalistischen, passiven Haltung des Individuums. Gut möglich, dass der sensibilisierte Mensch nun des Öfteren äussert: «Da müsste man doch endlich...!», «der Bund/die EU/die G8 sollten...!» – mit dem Konjunktiv bewehrte Sätze der empörten Hilflosigkeit. Doch damit ändert sich nichts, nicht in Zürich, nicht in der Schweiz, global sowieso nicht. Ich spreche über Foodwaste, indem ich Handlungsoptionen aufzeige und sie selber umsetze.

Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln

Aber nicht «Mach doch mal Fotzelschnitten aus altem Brot» – Brot wird nicht weggeworfen, weil die Menschen Fotzelschnitten nicht kennen, sondern, weil sie keine Lust darauf haben, kein Zeit zur Zubereitung, viel zu viel eingekauft haben, ihnen der Wert eines Lebensmittels nicht bewusst ist. Ich mache aufmerksam auf Läden, die kurz vor Ladenschluss übriggebliebenes günstig oder gratis weggeben, nehme die Leute auf Containertour mit, erzähle von der städtischen Initiative der Jungen Grünen, die von der Stadt eine Reduktion der Lebensmittelverschwendung fordert und die im Oktober lanciert wird.

Breite Zustimmung bleibt mir aber zumeist verwehrt. «Das ist doch ein Tropfen auf den heissen Stein», «Was

soll denn die Stadt dagegen machen?», «Der Trend geht doch sowieso in diese Richtung, siehe Zweitklass-Gemüse bei Coop, da braucht es eure Nörgelei doch nicht mehr», sind Sätze, die mir oft zu Ohren kommen, gefolgt vom Mantra des sensibilisierten Menschen «Der Staat/die EU/die WHO sollte...!»

Beharrlichkeit statt blosser Trends

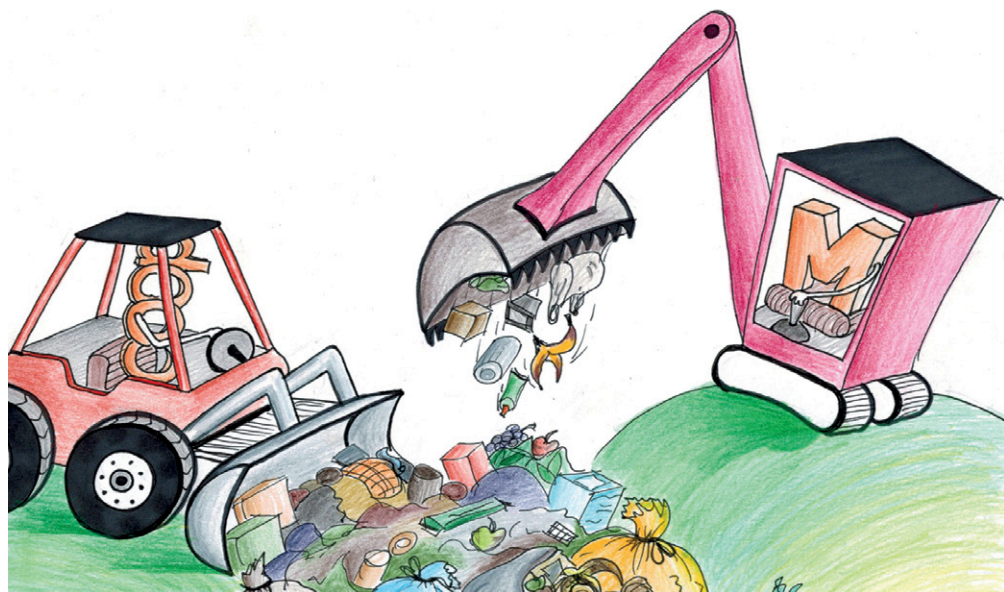
Nein! Wir müssen nörgeln! Aus der Nähe betrachtet ist die Unique-Linie von Coop, die unperfektes Obst und Gemüse anbietet, kein Grund für ein zustimmendes Nicken! Bauern erzählten mir, dass sie unter dieser Neuerung zu leiden hätten, da nun der Druck auf Erstklass-Gemüse noch einmal gestiegen ist. Perfektes Gemüse muss nun noch perfekter sein, ansonsten wird es unter der Unique-Linie als Zweitklass-Gemüse verkauft – notabene zu einem tieferen Preis, wodurch die Bäuerinnen und Bauern, obwohl sie insgesamt mehr Gemüse an den Grossverteiler bringen, Verluste einfahren. Mag sein, dass der Trend in Richtung eines umweltverträglicheren Lebensstils zu gehen scheint, an der Oberfläche. Grossverteiler bieten nun das meiste Obst und Gemüse auch in Bioqualität an, Coop hat eine Linie vegetarischer Fertiggerichte auf den Markt gebracht, das Angebot vegetarischer Fleischersatzprodukte ist in den letzten Jahren explodiert. Doch bereits das Wort Trend macht das blinde Vertrauen auf «die Grossen» zu törichter Naivität; Trends sind selten von langer Dauer, schwenken um oder verschwinden unbemerkt. Zudem ver-

hält es sich mit den genannten, durchaus begrüssenswerten Entwicklungen wie mit der Unique-Linie: die sind nur aus der Ferne betrachtet schön. Biogemüse gibt es nur abgepackt und besagte Fertiggerichte sind absurderweise teurer als jene mit Fleisch. Coop nun darauf hinzuweisen, brieflich oder öffentlich, dass hier Optimierungsbedarf besteht, dafür erntet man nun definitiv keine Zustimmung mehr. «Kleinlich, spitzfindig, seid doch mal zufriedenen, sie bemühen sich ja bereits!» Mag sein. In dem Rahmen, der umsatzsteigernd wirkt.

Wir brauchen wirkliche Veränderungen

Wirkliche Veränderungen entstehen nicht durch zufriedene BürgerInnen, die «die Bemühungen begrüßen», die lächeln und winken, wenn der Bund den Atomausstieg beschliesst und Mühleberg wieder ans Netz nimmt, die höflich applaudieren, wenn eine Agenda 21 verabschiedet wird und keine ernsthaften Massnahmen zum Erreichen der Ziele beschlossen sind. Wirkliche Veränderungen gehen von den «NörglerInnen» aus, die nicht müde werden, auch die marginalste Massnahme zu fordern und durch den eigenen Lebensstil auch den winzigsten Tropfen auf den heissen Stein zu geben. Aus der Überzeugung heraus, dass der Konjunktiv-Fatalismus einer sensibilisierten Gesellschaft ihr die Trägheit und Unveränderbarkeit verleiht, die ihn überhaupt erst hervorgebracht hat.

Meret Schneider
Präsidentin Junge Grüne Kanton Zürich



Kurznews aus den Regionen

Grüne Illnau-Effretikon: Strom ohne Atom

Im November 2011 haben die Grünen Illnau-Effretikon im Gemeinderat die Motion «Strom ohne Atom» eingereicht, die im April 2012 in das Postulat «Strom gemäss EKZ-Angebot» umgewandelt wurde. Darin fordern die Grünen, dass sämtliche öffentliche Anlagen der Stadt Illnau-Effretikon ab 2013 mit einem ökologischen Strommix gemäss EKZ-Angebot versorgt werden sollen: 80 Prozent Naturstrom Basic und 20 Prozent Naturstrom Star. Heute bezieht die Stadt den Standard-Strommix.

Der Stadtrat reagierte auf das Postulat mit dem Antrag, 100 Prozent Naturstrom Basic zu beziehen, was die Mehrkosten für die Umstellung des Strommixes von 85 000 auf 36 000 Franken reduzieren würde. Statt den Solarstrom einzukaufen, erwägte der Stadtrat, diesen selber zu produzieren. Dafür beantragte er dem Gemeinderat zusätzlich einen Kredit von 375 000 Franken für den Bau von eigenen Photovoltaikanlagen. Eine Mehrheit des Gemeinderats unterstützte diesen Antrag, weil die Förderung von Alternativenenergien sinnvoll sei und Illnau-Effretikon als Trägerin des Labels Energiestadt eine Vorbildfunktion habe. Weil daraufhin die SVP das Behördenreferendum ergriff, entscheiden nun am 24. November die StimmbürgerInnen darüber, ob ihre Stadt ab sofort mit sauberem Strom versorgt werden soll. Zudem liegt es in ihrer Hand, ob der Rahmenkredit für den Bau neuer Solaranla-

gen gesprochen wird. Die Grünen werden sich mit der breiten Unterstützung von glp, SP, JUSO, CVP, EVP und BDP und einer Abstimmungskampagne für ein Grüneres Illnau-Effretikon einsetzen.

Urs Gut, Gemeinderat & Präsident Grüne Illnau-Effretikon

Grüne Wald: Mit dem mobil-e am Walder Herbstmärt

Informationen zu Themen wie Strom, Effizienz, Stromspartipps usw. gibt es wie Sand am Meer. Dennoch zeigen repräsentative Umfragen zum Thema, dass sich ein bedeutender Teil der Bevölkerung nicht ausreichend informiert fühlt. Mit der mobilen Informationsbox «mobil-e» von Greenpeace möchten wir diesem Bedürfnis nachgehen und bringen den Leuten einfache und verständliche Information zur Stromzukunft sozusagen vor die Haustür – respektive an den Waldermärt. Wir sprechen gezielt ein nicht politisch orientiertes Publikum und AusländerInnen an. Die Inhalte von «mobil-e» bieten Zahlen und Fakten zur Realisierung der Stromproduktion aus 100% erneuerbaren Energien bis 2025 sowie Inputs und Wissen zu Klimaschutz, Landschaftsschutz oder Politik. Das Ziel ist nicht die reine Vermittlung von Wissen. Die Informationsbox setzt sich auch kritisch mit den Themen auseinander und soll die BesucherInnen zum Nachdenken anregen. Mehr unter: www.gruene-wald.ch

Markus Gwerder, Präsident Grüne Wald

Grüne Uster: Grüner Ustertag 2013 mit Container-Essen

Auch diesen Herbst führen die Grünen Uster ihren bereits traditionellen Grünen Ustertag durch, dieses Mal am 16. November ab 18 Uhr im Jugend- und Freizeithaus «frjz».

Der Grüne Ustertag 2013 befasst sich mit dem Thema Food Waste, also der Verschwendung von Nahrungsmitteln: Ein Drittel aller produzierten Lebensmittel wird nie konsumiert, sondern wegge-

worfen. Nahrungsmittel werden aus verschiedenen Gründen weggeworfen, meistens aber, weil sie Qualitätsstandards nicht genügen, das Ablaufdatum überschritten ist oder die Portion auf dem Teller zu gross war. Betroffen davon ist die gesamte Kette vom Bauernhof über den Verkauf bis zu den Konsumierenden. Passend zum Thema servieren die Grünen Uster ein feines Essen mit Zutaten aus dem Abfallcontainer. Danach geht eine Podiumsrunde den Fragen nach, weshalb unsere Gesellschaft so viele Nahrungsmittel wegwirft und was wir beitragen können zu einem nachhaltigeren Umgang mit diesem kostbaren Rohstoff.

Patricio Frei, Grüne Uster

Grüne Winterthur: Revision Parkplatzverordnung

Nun haben wir es schwarz auf weiss: Die Autopendler im Berufsverkehr verstopfen täglich unsere Hauptstrassen. Die Antwort auf eine von den Grünen eingereichte Interpellation im Grossen Gemeinderat lässt keinen Interpretationsspielraum mehr zu: Fast die Hälfte aller 10 000 Parkplätze rund um den Hauptbahnhof und die Altstadt sind ausschliesslich für die Beschäftigten reserviert. Der überwiegende Anteil davon gehört Privaten oder ist in Firmenbesitz. Diese Plätze generieren auf den Hauptachsen – dann wenn Busse und Geschäftsverkehr im Stau steckenbleiben – zwischen 15 bis 44% des gesamten Verkehrsvolumens! Schon mit 10% weniger Verkehr könnten die Busse frei zirkulieren und niemand verpasste den Anschluss. Die Zahl der Parkplätze sind das Mittel um den Autoverkehr zu lenken! Alles andere ist dagegen Pipifax. Genau deshalb haben wir auch die Revision der Parkplatzverordnung verlangt. Es ist dringend notwendig, die entsprechenden Baubewilligungen restriktiver zu handhaben. Ansonsten ersticken wir im völlig ineffizienten privaten Pendlerverkehr. Diesen Herbst wird die Revision erst im Parlament und danach wohl ziemlich sicher bei der Bevölkerung (Abstimmung) noch viel zu reden geben. Das soll uns nur recht sein!

Reto Diener, Präsident Grüne Winterthur

Grüne Schlieren: KandidatIn gesucht!

Beat Rüst tritt nach 16 Jahren aus dem Schlieremer Parlament zurück. Deshalb suchen wir eine Kandidatin oder einen Kandidaten, die bzw. der nach Dominik Ritzmann für den sicheren zweiten Sitz kandidieren möchte (Wahlen am 9. Februar 2014). Interessierte melden sich so bald wie möglich bei sekretariat@gruene-zh.ch

Grüne Wetzikon: Bereit für Parlament & Stadtpräsidium

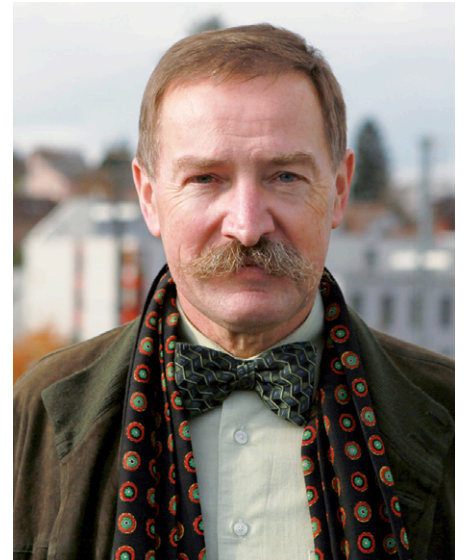
Am 30. März 2014 können die Wetzikerinnen und Wetziker zum ersten Mal ein Gemeindeparlament wählen. Die Grünen Wetzikon stehen für diese Wahlen mit einer Liste mit 36 kompetenten und engagierten Kandidierenden bereit, planen einen aktiven Wahlkampf und wollen mindestens vier bis sechs Sitze im neuen Gemeinderat erobern.

Max Homberger für die Stadtpräsidiumswahl nominiert

Zudem steigen die Grünen mit Max Homberger ins Rennen ums Wetziker Stadtpräsidium. Als erfahrener Gemeindepolitiker und aktiver Kantonsrat verfügt er über die nötige Kompetenz,

setzt Akzente und bringt neue Ideen ein. Seine Führungsstärke hat Max Homberger bereits in vier verschiedenen Exekutivressorts bewiesen. Als Jurist mit Generalstabsausbildung und einer breiten beruflichen Erfahrung in Ausbildung, Privatwirtschaft und Verwaltung ist er die Idealbesetzung für das Amt des Stadtpräsidenten. Sein Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und dem Parlament Wetzikon stärker und ökologischer zu machen, neue Schwergewichte zu bilden und eine transparente, offene politische Kultur zu pflegen.

Martin Wunderli, Präsident Grüne Wetzikon



Grüne Kloten wollen weiterhin mitregieren

Ende August gab der Grüne Klotner Stadtrat Mathias Christen seinen Rücktritt per Ende Legislatur bekannt. In dieser Funktion führt er seit bald zwölf Jahren das Ressort Bevölkerung, zu dem z.B. Bevölkerungsdienste, Einbürgerungen, Jugend, Kultur, Sport und Freizeit gehören.

Langjähriges Engagement

Nach 14 Jahren im Gemeinderat war Mathias Christen 2001 der erste Grüne Gemeinderatspräsident und wurde im Folgejahr in den Stadtrat gewählt. Mathias Christen wird sich in Zukunft

wieder vollumfänglich seiner Tätigkeit als selbständiger Architekt/Innenarchitekt widmen. Die Grüne Partei Kloten dankt Mathias Christen herzlich für seine langjährige politische Arbeit.

Stadtratskandidatur von Regula Kaeser-Stöckli

Um die Grüne Stimme in der Exekutive weiterhin zu vertreten, kandidiert Regula Kaeser-Stöckli für den Stadtrat. Regula Kaeser-Stöckli politisiert seit 16 Jahren für die Grünen im Gemeinderat von Kloten. Während dieser Zeit gehörte sie acht Jahre der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission an, davon vier Jahre als Präsidentin. Zudem war sie vier Jahre lang Mitglied der Bürgerrechtskommission. Seit 2010 vertritt Regula Kaeser-Stöckli die Grünen auch im Kantonsrat, wo sie Einsitz in der Finanzkommission hat.

Reto Schindler, Präsident Grüne Kloten



Agenda

Grüne Kanton Zürich

24. Oktober 2013, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Thema: Gentech – Wie weiter?

Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, Zürich, Blauer Saal

9. Dezember 2013, ab 18:00 Uhr

Weihnachtsapéro

für alle Mitglieder

Restaurant «Schipfe 16», Schipfe 16, Zürich

Bitte bis 27. November anmelden: sekretariat@gruene-zh.ch
oder 044 440 75 50

Mehr Infos auf www.gruene-zh.ch

Grüne Stadt Zürich

28. September 2013, 10:30 Uhr

Nationalratsbrunch

Mit Daniel Vischer und Bastien Girod

Sogar Theater, Josefstrasse 106, Zürich

Bitte bis 24. August anmelden: sekretariat@gruenezuerich.ch
oder 044 440 75 55

22. Oktober 2013, 19:30 Uhr, Apéro ab 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Thema: Wahlkampfauftakt

Quartierzentrum Aussersihl, Hohlstrasse 67, 8004 Zürich

6. Januar 2013

3-Königs-Apéro

Ort wird noch bekannt gegeben.

Mehr Infos auf www.gruenezuerich.ch

Grüne Glattfelden-Rafzerfeld

26./27. Oktober 2013

«Grüne Reise» ins Felslabor Mont-Terri

mit Führung, kleiner Wanderung, Übernachtung in Tariche,
Führung durch St. Ursanne, Besuch eines Bio-Bauern

Infos und Anmeldung: Susanne Rihs, 044 867 42 13,
rihs-lanz@bluewin.ch

Grüne Wald

29./30. Oktober 2013

Walder Herbstmarkt

Die Grünen sind mit dem mobil-e am Walder Herbstmarkt.

Grüne Winterthur

30. Oktober 2013, 19:30 Uhr, Apéro ab 18:45 Uhr

Mitgliederversammlung

Themen: Kommunale Wahlen 2014: Verabschiedung der Liste für
die Gemeinderatswahlen, Infos zum Netzwerk «Danach, Allianz
für unsere Zukunft»

Kongress- und Kirchgemeindehaus Winterthur, Liebestrasse 3

Mehr Infos auf www.gruene-winterthur.ch

Grüne Uetikon

5. Oktober 2013, 10:00-17:00 Uhr

Uetiker Herbstmarkt

Grüner Stand am Herbstmarkt

Gasthof Löwen, Meilen

Grüne Uster

16. November 2013, ab 18:00 Uhr

Grüner Ustertag

Thema: Foodwaste. Mit einem Menu aus dem Container.

frjz, Zürichstrasse 30, Uster

Mehr Infos auf www.gruene-uster.ch

Junge Grüne

2. Oktober 2013, 18:30 Uhr

Neumitgliederabend

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

5. & 6. Oktober 2013

Jung Grünes Weekend

Themen: Foodwaste-Initiative, Jahresplanung 2014.

Bitte 20.- Franken und einen Schlafsack mitbringen.

Pfadiheim in Kyburg, Dorfstrasse 8, 8314 Kyburg

8. November, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

14. Dezember 2013

Weihnachtsessen

Mehr Infos auf www.jungegruene.ch/zh

Wir wünschen
einen schönen
Herbst!

Impressum

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 1'600 Ex. Redaktion & Layout: Ulla Blume. Korrektorat: Beat Hess. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Margrith Gysel, Res Marti, Balthasar Glättli, Esther Hildebrand, Martin Geilling, Esther Guyer, Markus Knauss, Martin Abele, Daniel Leupi, Matthias Gfeller, Meret Schneider, Markus Gwerder, Patricio Frei, Urs Gut, Reto Diener, Martin Wunderli, Reto Schindler. Bildnachweise: S. 2: Ueli Gysel, S. 3: simonthon / photocase.com, S. 4: TimToppik / photocase.com, S. 5 & 11: art.l.schock / Juliette Chretien, S. 6: art.l.schock / Heiko Hoffmann, S. 7: Patrick Hofmann. Design: artischock.net Zürich. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FCS-Papier gedruckt: FSC C010121.